

# Der Auftrag des Aufsichtsrates des UKS zur Aufarbeitung – Selbstverständnis und Umsetzung durch die Unabhängige Kommission

## UKS, Personalversammlung Sprechzettel – 19. Juli 2022, 14 Uhr

**Jörg Ziercke,  
Vorsitzender  
UAK am UKS**



Anrede

Ich bedanke mich für die Gelegenheit, heute zu Ihnen zu sprechen.

Mein Name ist Jörg Ziercke, ehemaliger Präsident des Bundeskriminalamtes und aktuell Bundesvorsitzender der Opferhilfeorganisation Weißer Ring.

Ich bin Vorsitzender der Unabhängigen Aufarbeitungskommission am UKS, die die mutmaßlich sexuell motivierten Verfehlungen eines Assistenzarztes in der KJP am

UKS aus den Jahren 2010 bis 2014 im Auftrag des Aufsichtsrates des UKS untersucht.

Dieser Auftrag wurde im Hinblick auf Verletzungen, die Kindern mutmaßlich in der HNO am UKS in den Jahren 2012 und 2014 zugefügt worden sind, vom Aufsichtsrat erweitert.

Diese Vorgänge sind erst im Jahr 2019 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt geworden. Bis dahin wussten die Eltern der betroffenen Kinder aus der KJP nichts vom dem Verdacht, dass ihre Kinder durch einen Arzt des UKS mutmaßlich sexuell missbraucht worden sein könnten.

Dieser inzwischen verstorbene Arzt der KJP führte nachweislich eine Vielzahl von Untersuchungen, insbesondere an kleinen Jungen durch, die medizinisch nicht indiziert waren.

Er nutzte seine Stellung im UKS, um kleine Jungen und ihre Eltern für den Judosport im Judoclub Kenshi in Homburg-Erbach zu interessieren. Der Arzt war in seiner Freizeit dort als Trainer von Kindern tätig. Er erschlich sich als angeblich helfender Arzt und als fürsorglicher Judotrainer das Vertrauen der Eltern.

Er fotografierte die Kinder während des Trainings und schickte den erfreuten und stolzen Eltern die Fotoaufnahmen über die sportlichen Erfolge ihrer Sprösslinge. So gelang es ihm, großes Vertrauen aufzubauen, so dass diese Kinder zum Teil sogar bei ihm zu Hause übernachten durften oder von ihm auf Reisen zu Sportveranstaltungen ins Ausland begleitet wurden.

Die Vorfälle in der HNO 2012 und 2014 haben mit dem im Jahr 2016 verstorbenen Assistenzarzt nachweislich nichts zu tun. Hier geht es in zwei Fällen darum, dass Kinder nach einer Operation mit gutachterlich festgestellten frischen Verletzungen im Genitalbereich aus dem OP kamen.

Mit der eigentlichen Operation konnten diese Verletzungen nichts zu tun haben. Niemand wollte für diese Verletzungen die Verantwortung übernehmen. Es gab sofort Mutmaßungen des sexuellen Missbrauchs, die in der Klinik oder zu Hause bei den Angehörigen vor Übernahme durch die OP- Kräfte stattgefunden haben mussten.

Diese Hypothesen konnten aber bisher nicht bestätigt werden. Offen blieb bis heute auch, dass bei der Verabreichung eines Zäpfchen im OP-Raum eine Verletzung entstanden sein könnte. Aber auch dafür wollte niemand die persönliche Verantwortung übernehmen.

Wie Sie wissen, wurden diese Vorkommnisse durch die Medien entsprechend kommentiert, teilweise skandalisiert, und veranlassten die Staatskanzlei zur Einsetzung eines Sonderermittlers und von Gutachtern.

Die Staatsanwaltschaft stellte die polizeilichen Ermittlungen in den KJP-Fällen nach dem Tod des früheren Assistenzarztes im Jahr 2016 ein. Das entspricht den gesetzlichen Regelungen nach der Strafprozessordnung.

Auch die Ermittlungen in den HNO-Fällen mussten wegen fehlender Anhaltspunkte für die Aufklärung der Vorkommnisse durch die Staatsanwaltschaft eingestellt werden.

Durch einen Zufall erfuhr die Öffentlichkeit im Jahr 2019 von den Geschehnissen in der KJP und von den eingestellten Verfahren durch die Staatsanwaltschaft.

Die öffentliche Debatte über die Ereignisse am UKS wurden zu einem Politikum. Der Landtag des Saarlandes beschloss die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der Anfang 2022 einen Bericht vorgelegt hat. Alle Fraktionen des Landtages haben ein

Versagen der damaligen Verantwortlichen der Uniklinik festgestellt.

Die politische Verantwortung ist weiterhin heftig umstritten und konnte letztlich nicht vollständig aufgeklärt werden.

Schon zu Beginn der Arbeit des Untersuchungsausschusses des Landtages erkannte der Aufsichtsrat des UKS, dass gegenüber den betroffenen Patienten und deren Angehörigen eine Aufarbeitungspflicht der Vorkommnisse bestand. Diese sollten zu Wort kommen und als eigentliche Opfer im Mittelpunkt stehen. Vor allem soll ein Verständigungsprozess stattfinden zwischen den Betroffenen und ihren Angehörigen und dem UKS. Dazu dient auch ein erleichterter Zugang zu Wiedergutmachung und Entschädigung.

Es soll außerdem geklärt werden, was konkret entscheidend war, dass sich diese Vorfälle am UKS ereignen konnten und warum sie nicht früher gestoppt worden sind bzw. warum Betroffene und Angehörige jahrelang nicht informiert wurden.

Vor allem geht es auch um die Frage, wie man auf Dauer solche Geschehnisse verhindern kann bzw. bei nicht vermeidbaren Vorfällen in der Lage ist, angemessen mit Betroffenen und Angehörigen umzugehen.

Dies führte zur Einsetzung der Unabhängigen Aufarbeitungskommission ( UAK) am UKS. Der Auftrag des Aufsichtsrates an die UAK, der der UAK seine operativen Kontrollmöglichkeiten für diese Vorfälle übertragen hat, lautet im Wesentlichen wie folgt:

- Erfassung möglichst aller Verdachtsfälle im Zusammenhang mit der KJP
- Analyse von Täterstrategien mit dem Ziel einer wirkungsvollen Schutzkonzeption
- Analyse von Organisationsstrukturen des UKS mit dem Ziel, institutionelle Defizite zu erkennen und Empfehlungen für Veränderungen zu geben. Hier geht es um die rechts-

und sozialwissenschaftliche Perspektive mit historischem Kontext seit dem Jahr 2003. Dabei werden die Ergebnisse des Auditierungsprozesses der aktuellen Schutzkonzeption und die Wirksamkeit der Compliance-Maßnahmen einbezogen.

- Untersuchung des institutionellen Umgangs des UKS mit Betroffenen und ihren Familien
- Untersuchung der Rechtslage hinsichtlich des Informationsaustausches zwischen öffentlichen Stellen bei Missbrauchsverdachtsfällen
- Verständigungsprozess zwischen UKS und Betroffenen
- Entwicklung einer Erinnerungskultur, die verdeutlichen soll, dass öffentlich Verantwortung übernommen werden muss, dass das Thema sexueller Missbrauch von Kindern ein ständiges Thema sein muss und dass es nie wieder zu solchen Vorkommnissen am UKS kommen darf.
- Ständige Öffentlichkeits- und Pressearbeit sowie die
- Fertigung eines Abschlussberichtes

Folgende Zitate aus dem Beschluss des Aufsichtsrates möchte ich besonders hervorheben:

1. Die Missbrauchsverdachtsfälle sind “umfassend und in einem übergreifenden gesellschaftlichen Sinne aufzuarbeiten”. Das heißt für die UAK zum Beispiel, dass die Kinderschutzorganisationen im Saarland in diesen Prozess mit einzubinden sind.
2. Wesentliches Merkmal der UAK “ ist ihre Unabhängigkeit sowohl in ihrer Arbeit als auch in der Veröffentlichung der Ergebnisse”. Das heißt für die UAK, dass wir als Kommission den Abschlussbericht dem Aufsichtsrat nicht zur Genehmigung vorlegen, sondern ihn über unsere Ergebnisse und Empfehlungen informieren und im Rahmen einer Abschlussveranstaltung den Bericht öffentlich diskutieren.

3. Ferner: Die UAK "stellt bei ihrer Arbeit die Betroffenen und ihre Geschichte in den Mittelpunkt. Sie sind von Anfang an in den Prozess einzubinden." Das heißt für die UAK, dass wir insbesondere zur Wiederherstellung des Vertrauens bei den Betroffenen und ihren Familien einen großen Aufwand betreiben müssen. Deshalb die wiederholten Versuche, die Betroffenen um Mitwirkung zu bitten und ihre Einwilligung zur Prüfung der Patientenakte und zur Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht zu geben.

Die UAK hat - und diese Abgrenzung ist sehr wichtig - nicht die Aufgabe, individuelle strafrechtliche Schuld oder zivilrechtliche Verantwortung festzustellen.

Die UAK hat lediglich ein Mandat im Rahmen der Kontrollaufgaben des Aufsichtsrates. Das bedeutet zum Beispiel, dass wir als UAK die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten nicht einsehen dürfen.

Der UAK geht es derzeit vorrangig um die öffentliche Feststellung der institutionellen Verantwortung! Wir stellen dazu folgende Fragen:

1. Muss sich die Leitung des UKS bei denen entschuldigen, die einem Arzt ausgeliefert waren, der mutmaßlich sexuellen Missbrauch während der ärztlichen Untersuchungen begangen hat?

Aus rechtlicher Sicht sollte man dazu wissen, dass sexueller Missbrauch vorliegt, wenn jemand die Zwangslage eines Kindes oder Jugendlichen für sexuelle Handlungen ausnutzt. Übrigens ist der sexuelle Missbrauch von Kindern seit dem 1.7.2021 ein Verbrechenstatbestand und wird mit einer Freiheitsstrafe von mindestens 1 Jahr bestraft.

2. Muss sich die Leitung des UKS bei denen entschuldigen, die in der HNO mit Verletzungen aus dem OP kamen?

3. Muss sich die Leitung des UKS bei den Beschäftigten des UKS entschuldigen, die mit diesem jahrelangen Skandal überhaupt nichts zu tun hatten und dennoch durch öffentliche Berichterstattung und unzureichendes Krisen- und Kommunikationsmanagement des UKS ebenfalls zu Betroffenen und damit Opfern des medialen Schlagabtausches wurden?

Aus der Sicht der Kommission ein ganz klares JA, das muss die neue Leitung des UKS tun!

Dazu gibt es unserer Meinung nach keine Alternative, weil es ohne diese öffentliche Entschuldigung keinen Verständigungsprozess und kein Ende dieser unsäglichen Debatte geben wird.

Ich habe darauf vor kurzem in einem Interview mit dem SR-Fernsehen bereits hingewiesen.

Genau diesen Vorschlag haben wir dem Aufsichtsrat gemacht und warten derzeit - nach der Berufung des neuen Aufsichtsrates - auf eine generelle Zustimmung!

Die Ärztliche Direktorin, Frau Prof. Dr. Diedler, hat diesen Kommunikationsprozess und dieses Verständigungskonzept von Anfang an positiv begleitet!

Als UAK ist unser Hauptproblem, das Vertrauen der Betroffenen und deren Angehörigen in diesen Aufarbeitungsprozess und in unsere Unabhängigkeit zu gewinnen.

Nach über 300 Anschreiben an potenziell Betroffene und deren Familien haben wir Anfang November 33 Rückmeldungen erhalten, von denen 28 Betroffene bereit waren, die Einwilligung zur Prüfung ihrer Patientenakte und die Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht zu erteilen.

Über den Judoclub Homburg Kenshi haben wir weitere 40 Familien angeschrieben, deren Kinder mit dem verstorbenen Arzt als Judotrainer zu tun hatten. Hier ist nicht eine positive Rückmeldung erfolgt!

Ferner haben wir über die Staatsanwaltschaft 3 weitere Familien angeschrieben, deren Kindern zu dem verstorbenen Arzt vor seiner Tätigkeit im UKS Kontakt hatten. Auch hier gibt es noch keinen Rücklauf.

Im Juni 2022 haben wir erneut 200 Familien angeschrieben, die sich bei der Aktion im November 2021 bei uns nicht gemeldet hatten. Immerhin erhielten wir jetzt weitere 11 positive Rückmeldungen.

Weitere 30 Anschreiben betreffen Familien zu deren Kindern der verstorbenen Arzt Kontakt bei der stationären Aufnahme in der KJP gehabt haben soll. Hier sind die Anschreiben in Vorbereitung.

Ferner haben wir mit den 6 Mitgliedern der UAK und der Beiratsvorsitzenden Video-Interviews professionell aufgezeichnet und auf unsere Homepage gestellt. Darin werben wir intensiv für unsere Arbeit und um das Vertrauen der Betroffenen.

Außerdem läuft seit Ende Juni eine 5 teilige Berichterstattung im Wochenspiegel des Saar-Pfalz-Kreises, in denen wir ebenfalls um Vertrauen in unsere Arbeit werben und das man sich bei uns melden möge!

Zusätzlich suchen wir über das Landesärzteblatt Saarland und Rheinland-Pfalz Ärzte, die Betroffene und deren Angehörige behandelt haben. Wir bitten sie, ihre Patienten anzusprechen und zur Mitwirkung und Zusammenarbeit mit der UAK zu motivieren.

Besondere Untersuchungen führen wir außerdem im Hinblick auf potenziell Betroffene am Westpfalz-Klinikum Kaiserslautern durch. Der verstorbene Arzt hatte hier sein Fremdjahr als Assistenzarzt verbracht.

Wir beziehen auch seine Studienzeit vor Eintritt in das UKS an der Universität des Saarlandes ein, weil er dort an wissenschaftlichen Studien mit Kindern beteiligt war.

Ferner hat die Kommission gemäß Beschluss des Aufsichtsrates auch frühere Verdachtsfälle des sexuellen Missbrauchs, die nicht den verstorbenen Assistenzarzt betreffen, in die Aufarbeitung einzubeziehen. Hier gibt es derzeit zwei weitere Untersuchungen, die teilweise aus den 90iger Jahren stammen. Die Aufarbeitung gestaltet sich in diesen Fällen als besonders schwierig.

Wir dokumentieren auf unserer Homepage alle unsere Arbeitsschritte. Dabei achten wir den persönlichen Datenschutz. Wir versuchen Vertrauen herzustellen, indem wir Transparenz auch wirklich praktizieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich habe an Sie die Bitte, dass Sie unsere Arbeit im Interesse des UKS, der Ihnen anvertrauten Patienten und in Ihrem eigenen Interesse unterstützen. Wirken Sie mit, damit endlich Ruhe einkehren kann! Informieren Sie sich über unsere Homepage. Googeln Sie einfach mit " UAK Saarland".

Unsere bisherigen Erkenntnisse aus über 50 Gesprächen mit Betroffenen, Angehörigen, Beschäftigten des UKS, Behördenvertretern, Politikern und Medienvertretern sind eindeutig: Dieser Skandal hätte ganz am Anfang durch konsequentes Handeln im Keim erstickt werden können. Fehlendes Risiko- und Krisenmanagement in Verbindung mit defizitärer Öffentlichkeitsarbeit nach außen und nach innen,

fürten zu einer Spirale der Verdächtigungen und Enttäuschungen auf beiden Seiten. Ferner müssen die Führungsstrukturen und die Fehlerkultur am UKS kritisch hinterfragt werden.

Wenden Sie sich an uns, an die Unabhängige Kommission! Auf unserer Homepage finden Sie die Mailadresse und Telefonnummer. Helfen Sie mit, dass endlich eine Befriedung eintritt und der gute Ruf des UKS wiederhergestellt wird. Das Saarland braucht Sie! Sie erfahren bei uns eine faire und wertschätzende Gesprächsatmosphäre!

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit! Selbstverständlich stehe ich für Fragen zur Verfügung!